

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid

am 12.09.2011

im Ratssaalim Ratssaalim Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Rates:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker
Ratsherr Ingo Diller
Ratsherr Horst Eick
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes
Ratsherr Stefan Hoffmann
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi
Ratsfrau Sandra Knoblauch
Ratsherr Steffen Kriegel
Ratsherr Bernd Schildknecht
Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Christel Gabler
Ratsherr Rüdiger König
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Heinz-Rüdiger Ochel
Ratsherr Stefan Pietzner
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde
Ratsfrau Britta Rogalske
Ratsherr Jürgen Sager
Ratsherr Hansjürgen Wakup

Ratsherr Björn Weiß
Ratsherr Rüdiger Wilde

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball
Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Oliver Petrosch

anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung

Ratsfrau Anette Schwarz
Ratsherr Michael Wülfrath

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Erster Stellvertretender Bürgermeister Otto Bodenheimer
Ratsherr Hermann Morisse
Ratsfrau Tanja Tschöke

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsherr Peter Biernadzki
Ratsfrau Angelika Linnepe

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Yasin Kut

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase
Ratsherr Peter Oettinghaus

anwesend bis
Tagesordnungspunkt 2 der
öffentlichen Sitzung

Gäste:

Frau Monika Deitenbeck-Goseberg
Herr Thorsten Brinkmeier
Frau Susanne Wessels,
Schulaufsicht des Märkischen Kreises

zu Tagesordnungspunkt 2 der
öffentlichen Sitzung
zu Tagesordnungspunkt 2 der
öffentlichen Sitzung
zu Tagesordnungspunkt 2 der
öffentlichen Sitzung

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Herr Martin Bärwolf
Herr Hermann Scharwächter

anwesend bis
Tagesordnungspunkt 4 der
öffentlichen Sitzung

Herr Michael Walker
Herr Sven Haarhaus

bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

Herr Reinhard Merkschien

anwesend bis
Tagesordnungspunkt 2 der
öffentlichen Sitzung

Herr Klaus-Peter Welter

bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Jan Eggermann
Ratsfrau Eveline Haue
Ratsherr Michael Thielicke

von der CDU-Fraktion:

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer
Ratsherr Karsten Weller

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsfrau Kirsten Petereit

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:13 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Antrag zum Beschluss des Schulausschusses der Stadt Lüdenscheid vom 19.07.2011 über die Schließung des Teilstandortes Hermann-Gmeiner Grundschule der Grundschule Gevelndorf

Bürgermeister Dzewas begrüßt Frau Deitenbeck-Goseberg und Herrn Brinkmeier sowie Frau Wessels, Vertreterin der Schulaufsicht beim Märkischen Kreis.

Aufgrund der Bedeutung des Themas würde die Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung NRW nicht im Beschwerdeausschuss sondern im Rat behandelt.

Anschließend übergibt Bürgermeister Dzewas Frau Deitenbeck-Goseberg und Herrn Brinkmeier das Wort.

Herr Brinkmeier berichtet, dass Frau Deitenbeck-Goseberg und er einen aktualisierten gemeinsamen Antrag an den Rat gestellt hätten. Sie würden heute symbolisch für die Bewohner der beiden Stadtteilbezirke Oberrahmede-Gevelndorf und Rathmecke-Dickenberg sprechen. Sie appellierten an den Rat der Stadt Lüdenscheid beide Schulstandorte der Hermann-Gmeiner Schule zu erhalten. Die Stadtteile sollten attraktiv bleiben für junge Familien; auch für die Zukunft. Die Debatte sei im Vorfeld dahingehend geführt worden, dass aufgrund der Rechtsgrundlage nicht beide Schulstandorte erhalten bleiben könnten. Es sei aber rechtlich möglich, beide Standorte zu erhalten. Anschließend sei mit der geringen Anzahl der Kinder in beiden Stadtteilen argumentiert worden. Die Zukunftsprognosen seien aus seiner Sicht nicht eindeutig. Zum Beispiel habe sich vor zwei Wochen das Jugendamt der Stadt Lüdenscheid an sie gewandt, ggf. eine dritte U3-Gruppe in dem Kindergarten Rathmecke einzurichten, weil genügend Kinder unter drei Jahren in diesem oder den umliegenden Stadtteilen lebten. Er stelle sich daher die Frage, wie gesichert die genannten Zahlen seien. Die außen liegenden Stadtteile hätten schwere Zeiten zu erwarten, wenn sich der Schwerpunkt der Entwicklung immer mehr in die Innenstadt hinein verlagere. Des Weiteren seien bei den Einsparungen zunächst 70.000 € genannt worden. Mittlerweile seien es rund 90.000 €. Welche Zahlen seien hier zugrunde gelegt worden. Es stelle sich die Frage, ob die Schließung der Schule der richtige Ort sei zu sparen.

Frau Deitenbeck-Goseberg schließt sich den Worten ihres Vorredners an. Das die Stadt sich im Nothaushalt befände und Einsparungen vorgenommen werden müssten, sei ihnen bewusst. Es sei aber ein Unterschied, ob zum Beispiel bei Grünflächen eingespart würde oder bei Kindern. Kinder seien schützenswert und förderungsbedürftig. In beiden Stadtteilen gebe es auch sozialschwache Kinder sowie das SOS-Kinderdorf, mit Kindern die ohnehin schon entwurzelt seien. Sparmaßnahmen in diesen Bereichen hätten Auswirkungen auf die Zukunft dieser Stadtviertel. Sie appelliere daher an den Stadtrat, zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Entscheidung zu treffen, sondern die Entwicklung der nächsten Jahre abzuwarten und gegebenenfalls neue, kreative Wege bei der Schulentwicklung zu gehen.

Herr Brinkmeier weist darauf hin, dass die Grundschule ein Herzstück des Stadtteiles sei. So sei als Zertifizierungskriterium des Familienzentrums im SOS-Kinderdorf der Sozialraumbezug hoch angesetzt. Darüber hinaus würde das Lehrerkollegium der Hermann-Gmeiner-Schule sich ebenfalls für den Erhalt des Standortes aussprechen. Der Erhalt beider Schulstandorte sei eine nötige und wichtige Investition.

Abschließend zitiert Herr Brinkmeier aus dem gemeinsamen Leitfaden der CDU, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen für die Gestaltung des Schulsystems in NRW: „Um den Prinzip kurze Beine - kurze Wege Rechnung zu tragen, wollen wir kleine wohnortnahe Grundschulstandorte möglichst erhalten, auch durch die Intensivierung von Teilstandorten. Dies erfordert pädagogisch innovative Konzepte, wie zum Beispiel jahrgangsübergreifendes Lernen, damit die Fachlichkeit unter effektivem Mitteleinsatz gewahrt bleibt.“

Bürgermeister Dzewas führt aus, dass er bereits in der Bürgerversammlung mitgeteilt habe, dass die Landesregierung bei Erhalt der Schulstandorte bereit sein müsse, neben den inneren Schulangelegenheiten auch die äußeren Schulangelegenheiten (Kosten für Schulsekretariate, Gebäude, Hausmeister) komplett zu übernehmen. Eine solche Übernahme würde der Stadt sicherlich mehr helfen als der sicherlich wünschenswerte Grundsatz „Kurze Beine– kurze Wege“. Darüber hinaus müsse unterschieden werden, ob zum Beispiel im Hochsauerland im Umkreis von 20 Kilometern überhaupt kein Grundschulangebot existiere oder wie in diesem Fall zwei Schulstandorte in Gevelindorf und am Dickenberg vorhanden seien. Zu den Kosten teilt er mit, dass der Betrag von 70.000 € am Tag der Bürgerversammlung der ihm bekannte Mindeststand an Sparvolumen gewesen sei.

Die jetzt vorliegende Berechnung sei um die Schülerbeförderungskosten bereinigt worden.

Die Rettung eines Gesamthaushaltes hänge nicht von einzelnen, sondern von einer Vielzahl von Einsparmaßnahmen ab.

Anschließend übergibt er Frau Wessels, Schulaufsicht des Märkischen Kreises, das Wort.

Frau Wessels berichtet, dass der Grundschulverbund zunächst dreizügig angelegt gewesen sei. Aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen sei nun eine Zweizügigkeit des Verbundes angebracht. Aufgrund der Anregung der Landesregierung seien einzügige kleinere Schulen in einen Verbund zu überführen, um hierdurch entsprechende Ressourcen zu schaffen. Bei diesen zwei kleinen Grundschulstandorten mit nur acht Klassen würde es schwierig, die Stundentafel optimal zu lösen. Es gebe insgesamt acht Fächer, von denen die drei Fächer Religion, Englisch und Sport sowie in Ansätzen das Fach Musik nur mit einer entsprechenden Lehrerlaubnis erteilt werden dürften. Eine Aufrechterhaltung dieses Unterrichtsangebotes sei für die diese Fächer unterrichteten Lehrer und Lehrerinnen nur durch Fahrten zwischen den beiden Schulstandorten möglich. Probleme gebe es auch in Vertretungssituationen.

Ihr sei insbesondere in den letzten zwei Jahren aufgefallen, dass die Eltern die Grundschule Gevelndorf nicht als Verbundschule ansehen würden. Aus diesem Grunde käme es immer wieder zu Konfliktsituationen zwischen der Schule und den Eltern, zum Beispiel bei der Zuweisung der Schule bei den Schulanfängern. Im Übrigen habe ein Gespräch mit der Schulleitung in der vergangenen Woche gezeigt, dass das Kollegium aufgrund der geringen Größe der beiden Standorte, ebenfalls die Probleme erkenne.

Erster Beigeordneter Dr. Schröder stellt aufgrund der vorangegangenen Diskussion richtig, dass eine verkehrte Auskunft zu den Rechtsgrundlagen weder durch das Schulverwaltungsamt noch durch ihn erfolgt sei.

Ratsherr Fröhling teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion mit Mehrheit für die Schließung der Hermann-Gmeiner Schule aussprechen würde.

Ratsherr Oettinghaus spricht sich gegen eine Schließung der Schule aus.

Ratsherr Breucker teilt mit, dass er ebenfalls für den Erhalt der Grundschule sei.

Ratsfrau Linnepe berichtet, dass die Fraktion Lüdenscheider Liste der Schulschließung zustimmen werde.

Ratsherr Voß führt aus, dass die Kinder, vorbehaltlich der entsprechenden Beschluss-fassung, zukünftig gemeinsam mit dem Bus zur Grundschule Gevelndorf fahren würden. Nach Schulschluss würden die Kinder wie bisher in der OGS ihres Stadtteiles betreut. Somit bliebe der Sozialraumbezug zum Teil erhalten.

Ratsherr Holzrichter weist unter anderem auf die schlechte Haushaltssituation der Stadt hin, die solche Entscheidungen notwendig mache. Darüber hinaus bitte er zu bedenken, dass die Kinder, für die heute der Schulstandort erhalten bleiben solle, später für die Schulden, die für den Erhalt des Standortes aufgenommen werden müssten, aufkämen. Die FDP-Fraktion würde für die Schließung der Schule stimmen.

Ratsfrau Tschöke schließt sich den Ausführungen von Ratsherrn Holzrichter an. Aus pädagogischer Sicht sei die Schließung des Schulstandortes tragisch. Dennoch habe sich die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen für die Schließung ausgesprochen. Sie weise aber darauf hin, dass ihre Fraktion sich der Verantwortung gegenüber des Stadtteiles und jungen Familien bewusst sei, zukünftig genau zu hinterfragen, wo und wie bei der Stadt Lüdenscheid eingespart würde.

Ratsherr Kut teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE der Schließung der Schule zustimmen werde.

Ratsherr Wakup spricht sich gegen die Schulschließung aus.

Abschließend fragt Bürgermeister Dzewas, wer sich dem nachstehenden Votum des Schulausschusses vom 19.07.2011 anschließen würde:

Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, die nach dem Schulgesetz notwendigen Vorarbeiten zur Aufgabe des Teilstandortes Hermann-Gmeiner-Schule der Verbundschule Gevelndorf durchzuführen.

Bei einer mehrheitlichen Zustimmung dieses Votums durch den Rat der Stadt Lüdenscheid wäre der Antrag auf Erhalt der Hermann-Gmeiner Schule abschlägig beschieden.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid schließt sich mit 37 Ja-Stimmen dem Votum des Schulausschusses an. Sechs Ratsmitglieder stimmen dagegen.

3. Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 einschl. Haushaltssicherungskonzept
Vorlage: 169/2011

Der Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2012 sowie die Dringlichkeitsliste für Investitionen sind in der heutigen Sitzung als Tischvorlagen verteilt worden.

Mit der Sitzungsdrucksache 169/2011 bringen Stadtkämmerer Blasweiler und Bürgermeister Dzewas den Verwaltungsentwurf zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 einschließlich Haushaltssicherungskonzept ein.
Ihre Ausführungen sind der Niederschrift als Anlagen 1 und 2 beigefügt.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Der dem Rat gemäß § 80 Abs. 2 GO NRW zugeleitete Entwurf der Haushaltssatzung 2012 einschließlich Haushaltssicherungskonzept wird zur Beratung an die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

4. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 166/2011

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass die Anlage zur Sitzungsdrucksachennummer 166/2011 vor der heutigen Sitzung als Tischvorlage verteilt worden sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Der dem Rat zugeleitete Entwurf des Stellenplans 2012 wird zur Beratung und anschließenden Empfehlung an den Hauptausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

5. Kündigung des Verwaltervertrages mit der Lüdenscheider Wohnstätten AG
Vorlage: 171/2011

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Vertrag mit der Lüdenscheider Wohnstätten AG über die Übertragung der Verwaltung von Miet-, Garagen- und gewerblichen Mietverhältnissen wird zum 31.12.2011 gekündigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**6. Änderung der Vertretung der Stadt Lüdenscheid im Aufsichtsrat der Lüdenscheider Wohnstätten AG
Vorlage: 163/2011**

Ratsherr Diller schlägt für die nächste Amtszeit erneut Ratsherrn Rolf Breucker vor.

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid bei Enthaltung von Ratsherrn Breucker einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1) Die Amtszeit des Aufsichtsratsmitglieds Rolf Breucker endet mit Ablauf der Hauptversammlung in 2011. Für die anschließende Amtszeit wird vorgeschlagen:

Ratsherr Rolf Breucker

- 2) Der/die Vertreter/in der Stadt Lüdenscheid in der Hauptversammlung wird angewiesen, in der Hauptversammlung die benannte Person unter Punkt 1) vorzuschlagen und für diesen Wahlvorschlag zu stimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42
Enthaltungen: 1

**7. Neufassung von Satzungen
I. Satzung über die Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen und Fristveränderungen nach § 61a Landeswassergesetz (Fristensatzung)
II. Satzung über die Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen in Wasserschutzgebieten
Vorlage: 176/2011**

Bürgermeister Dzewas verweist auf die zur Einsichtnahme im Ratssaal ausgehängten Gebietspläne.

Ohne Aussprache nimmt der Rat der Stadt Lüdenscheid den Bericht zur Kenntnis.

8. Änderung der Zuständigkeit von Ausschüssen
Vorlage: 178/2011

Aufgrund des Antrages der CDU-Fraktion schlägt Bürgermeister Dezwas vor, über diesen zunächst in den Fraktionen zu beraten und die Vorlage bis zur Sitzung des Rates am 10.10.2011 zurückzustellen.

Die Mitglieder des Rates stimmen dieser Vorgehensweise einstimmig zu.

9. Vertretung der Stadt Lüdenscheid in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen (Mitgliedschaftsrechte)
Vorlage: 177/2011

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Zur Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte in Organen, Beiräten oder Ausschüssen der juristischen Personen oder Personenvereinigungen, in denen die Stadt Lüdenscheid vertreten ist, werden folgende Vertreter gem. § 50 Abs. 2 GO NW gewählt:

Förderverein „FAMO Familien - Initiativen e. V.“ (neu)

- Herr Giet
- Stellvertreterin: Frau Wilfart

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

10. Dienstreise nach Myslenice, Polen, vom 06.10.- 09.10.2011
Vorlage: 175/2011

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Dienstreise für Ersten Stellvertretenden Bürgermeister Otto Bodenheimer sowie Ratsfrau Susanne Mewes und Ratsherr Michael Thielecke vom 06.10. bis 09.10.2011 nach Myslenice, Polen, wird genehmigt.

Die Dienstreise gilt auch für den Fall einer eventuell erforderlichen Vertretung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**11. Bewilligung von außerplanmäßigen Mitteln HJ 2011
hier: Adolf-Reichwein-Gesamtschule
Vorlage: 174/2011**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Bei Produktsachkonto 010 100 060 – 5211459/7211469 – Adolf-Reichwein-Gesamtschule – werden 108.000 € außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinzahlungen bei 160 010 010 – 4131000/6131000 – Schulpauschale.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

**12. Bewilligung von überplanmäßigen Mitteln HJ 2011
hier: Straßenbeleuchtung
Vorlage: 183/2011**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Bei Auftragssachkonto C12010405/7852020 – Straßenbeleuchtung – werden 200.000 € überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt in Höhe von 50.000 € durch Einsparungen bei Auftragssachkonto A12010409/7852000 - Baumaßnahme Leifringhauser Straße - und in Höhe von 150.000 € durch nicht mehr benötigte Mittel (Neuveranschlagung einer Maßnahme aus 2010) bei Auftragssachkonto A12010406/7852000 - Baumaßnahme August-Adamy-Siedlung -.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 42

13. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

13.1. Bekanntgaben

13.1.1. Standortbroschüre

Bürgermeister Dzewas gibt folgendes bekannt:

Die Verwaltung habe zur Unterstützung der Wirtschaftsförderung die Broschüre „Blick auf den Standort“ aufgelegt. Diese Standortbroschüre sei insbesondere ein Angebot für

heimische Unternehmen, die neue qualifizierte Fachkräfte gewinnen möchten. Viele Firmen hätten Material über das Unternehmen selbst, aber nicht über die Stadt. In der Broschüre seien daher „harte“ und „weiche“ Standortfaktoren kurz und prägnant beschrieben und reichlich bebildert.

Die Stadt stelle auf Wunsch eine digitale Druckvorlage zur Verfügung, so dass das jeweilige Unternehmen die Broschüre dann nach Bedarf selbst in Druck geben könne. Es sei auch eine Individualisierung durch ein Firmenlogo oder ein vierseitiges Firmenportrait möglich. Damit könnte entweder eine Agentur beauftragt werden oder aber die Stadt helfe gegen eine Aufwandsentschädigung.

Der sehr hochwertige Digitaldruck mache auch kleine Auflagen problemlos möglich. Die Herstellung nach Bedarf habe den großen Vorteil, dass Text- und Bildmaterial jederzeit aktualisiert werden könne. Deshalb gebe es die Standortbroschüre nur in einer geringen ersten Auflage von 500 Stück.

Unternehmen könnten die Broschüre auch zu einem Stückpreis von 6 Euro in kleinen Mengen bei der Stadt erwerben so lange der Vorrat aus der Startauflage reiche.

Das Konzept für die Broschüre hätten Wolfgang Löhn, Rolf Rutzen und Peter Treu entwickelt. Texte, Bilder und Gestaltung seien bis zur Druckvorlage in Eigenleistung erstellt worden.

Für diejenigen von Ihnen, die Interesse an der Broschüre haben, seien einige Exemplare ausgelegt.

13.1.2. Werbung Rathausfassade

Bürgermeister Dzewas gibt bekannt, dass am Stadtfestabend für eine kurze Zeit eine große Werbung auf die Fassade des Rathauses projiziert worden sei. Der Beamer habe in einer Dachgeschosswohnung in dem gegenüberliegenden Gebäude der vormals Dresdner Bank gestanden.

Die Werbeaktion habe zu Irritationen geführt. Da es sich um eine nicht vereinbarte Aktion gehandelt habe, sei der Sache nachgegangen worden.

Die Firma habe sich bereit erklärt, einen namhaften Betrag für das diesjährige Stadtfest zu sponsern.

13.2. Beantwortung von Anfragen

13.2.1. Denkmalschutz; Vermeidung baulicher Fakten

Die Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Fröhling in der öffentlichen Sitzung des Rates am 18.07.2011 ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

13.2.2. Zeitplan "Parkpalette Corneliusstraße"

Die Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Oettinghaus in der öffentlichen Sitzung des Rates am 18.07.2011 ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

13.3. Anfragen

13.3.1. Frequenzband-Verkauf des Bundes; Nutzung der drahtlosen Mikrofonanlagen im Kulturhaus/Ratssaal

Die schriftliche Anfrage der SPD-Ratsfraktion vom 05.09.2011 sowie die Beantwortung sind der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

13.3.2. Neustrukturierung der Verwaltung

Die schriftliche Anfrage der Fraktion Lüdenscheider Liste vom 06.09.2011 sowie die Beantwortung sind der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

13.3.3. Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes; Schulsozialarbeit

Ratsherr Diller trägt die gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 09.09.2011 vor (Anlage 7 zur Niederschrift).

Erster Beigeordneter Dr. Schröder teilt mit, dass die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets, das auch die Schulsozialarbeit beinhaltet, beim Märkischen Kreis liege. Die Anfrage sei daher mit der Bitte um Beantwortung bis zur Sitzung des Schulausschusses am 20.09.2011 an den Kreis weitergeleitet worden. Da der Schulausschuss des Märkischen Kreises erst nach dem 20.09.2011 tagte und in dieser Sitzung das Konzept vorgestellt würde, sei voraussichtlich mit einer Antwort bis zu diesem Termin nicht zu rechnen. Aus dem komplizierten Verfahren ginge hervor, dass für den Bereich der Schulsozialarbeit unterschiedliche Ebenen existierten. Bei der in der Anfrage genannten Ebene handele es sich um den Einsatz von Schulsozialarbeitern, die zum Beispiel Ansprechpartner bei Problemen für Schüler und Lehrer seien. Das Konzept des Märkischen Kreises sehe in der Umsetzung des Schulsozialarbeiterprogramms des Bundes die Mithilfe bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets vor. Der Märkische Kreis würde sich mit den Schulen in Verbindung setzen, um sich über die Einsatzmöglichkeiten in diesen Rahmen zu informieren.

Bürgermeister Dzewas berichtet, dass die größeren Städte des Märkischen Kreises gemeinsam einen Vorschlag für eine schnelle und unkomplizierte Umsetzung erarbeiten würden.

Ratsherr Morisse führt aus, dass einige Kreise schon Schulsozialarbeiter nach dem Bildungs- und Teilhabepaket eingestellt hätten und erkundigt sich, wieso der Märkische Kreis und ggf. auch die Stadt Lüdenscheid so spät reagiert hätten. Des Weiteren erkundigt er sich, ob es richtig sei, dass ein Bürgermeister des Märkischen Kreises den Landrat auf eine nun schnelle Umsetzung angesprochen habe.

Bürgermeister Dzewas erwidert, dass bereits von mehreren Bürgermeistern des Kreises Anfragen an den Landrat gestellt worden seien. Darüber hinaus seien nach seinem Kenntnisstand nur bei den kreisfreien Städten, die auch gleichzeitig Träger der Leistung seien, bereits Schulsozialarbeiter eingestellt worden.

Dem zeitlichen Unterschied zwischen Wuppertal, dem Ennepe-Ruhr-Kreis und dem Märkischen Kreis würde nachgegangen.

Er habe die Zusage vom Märkischen Kreis erhalten, dass keine Ansprüche verloren gingen.

13.3.4. Wohnraum in Lüdenscheid

Ratsherr Voß trägt die Anfrage der SPD-Fraktion (Anlage 8 zur Niederschrift) vor.

Bürgermeister Dzewas teilt mit, dass zu dieser Anfrage umfangreiche Ermittlungen durchzuführen seien. Eine teilweise Beantwortung sagt er für die nächste Hauptausschuss- oder Ratssitzung zu.

Ratsherr Breucker führt aus, dass er sich in der nächsten Aufsichtsratssitzung der Lüdenscheider Wohnstätten AG konkret erkundigen würde, wie viele Nachfragen von Familien mit Kindern abgelehnt worden seien, weil kein entsprechender Wohnraum vorhanden sei.

13.3.5. Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs bei starkem Schneefall

Ratsherr Breucker fragt an, ob sich die Stadt Lüdenscheid in Absprache mit der MVG und dem STL für eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs bei starkem Schneefall einsetzen könne.

Im vergangenen Winter konnten mehrere Wochen die Linien 37 und 53 Gevelndorf nicht angefahren werden.

Eine mögliche Lösung könne eine Einbahnregelung für den Brockhauser Weg sein, da der Begegnungsverkehr von zwei Bussen auf dieser Strecke im Winter zu Problemen führen würde.

Am 06.12.2010 habe die MVG aufgrund des starken Schneefalls die meisten Fahrten um 20.00 Uhr eingestellt. Er erkundigt sich, ob nicht der Busverkehr auf bestimmten Hauptachsen wie zum Beispiel der Werdohler Straße, der Altenaer Straße, der Heedfelder Straße auch bei diesem Wetter länger aufrecht erhalten werden könnte.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

13.3.6. Baustelle Altenaer Straße (Schafsbrücke)

Ratsherr Wakup berichtet, dass die Baustelle in der Altenaer Straße (Höhe Schafsbrücke) seit ca. acht Wochen ruhen würde. Der Verkehr würde sich täglich stauen. Er fragt an, ob die Verwaltung Kontakt zu dem Bauherrn aufnehmen könne, um die Bauarbeiten voranzutreiben.

Bürgermeister Dzewas antwortet, dass aufgrund eines fehlerhaften Kabelplanes der T-Com Verzögerungen auf der Baustelle aufgetreten seien. Ein Teil der Kabelarbeiten seien nachts durchgeführt worden. Diese Maßnahme sei heute abgeschlossen worden, so dass der Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid AöR mit den Kanalbau beginnen könnte.

Ratsherr Wakup erkundigt sich, wer die Kosten für diese Verzögerungen übernehmen

würde. Bürgermeister Dzewas teilt hierzu mit, dass der Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid AöR als Bauherr alles daran setzen würde, dass der Verursacher die Kosten übernehme.

Ratsherr Voß fragt an, wie der neue Bauzeitenplan aussehen würde.

Bürgermeister Dzewas sagt Beantwortung für die nächste Sitzung des Rates zu.

gez. Dzewas

Vorsitzender

gez. Marré

Schritfführerin